

Helmut Seifen (AfD), Mitglied des Kreistages Borken

Rede zur Verabschiedung des Kreishaushaltes am 26.02.2015

Sehr geehrter Herr Dr. Zwicker, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren der Verwaltung, sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger, sehr geehrte Vertreter der Presse, es ist mir eine Ehre nun in diesem erlauchten Kreis als letzter reden zu dürfen und damit der Haushaltsberatung die Abrundung zu geben.

Nach Durchsicht des Haushaltsentwurfes und dem Nachvollzug der Argumentationslinie des Kämmerers bin ich zur Auffassung gekommen, dass diese Vorlage solide ausgearbeitet worden ist, der Einsatz der finanziellen Mittel schlüssig begründet worden ist und die Ausgaben insgesamt veranschlagt worden sind aufgrund vernünftigen Abwägens zwischen Wünschenswertem und Machbarem. Besonders auch die Erläuterungen zur Anhebung des Hebesatzes für die Kommunen haben mich überzeugt. Wenn man bedenkt, dass in den letzten Jahren kräftig in die Ausgleichsrücklage hineingegriffen worden ist und man weiterhin die Befürchtungen teilen muss, dass aufgrund überregionaler Entwicklungen weitere unvorhergesehene Aufgaben auf den Kreis zukommen, dann ist es nur verantwortungsvoll, genügend finanzielle Reserven zu schaffen, um plötzlich unvorhergesehen anfallende Kosten tragen zu können. Schaut man sich dazu noch die als Rücklagen und Ausgleichsrücklagen ausgewiesenen Mittel der Kommunen an, dann kann man nicht unbedingt von einer solchen Notlage der Kommunen sprechen, die eine Entlastung der Kommunen auf Kosten des Kreises dringend geboten scheinen lassen. Insofern trägt der Antrag der SPD auf eine Minderung des von der Verwaltung vorgeschlagenen Hebesatzes für die Kreisumlage schon etwas Populistisches an sich. Man will sich lieb Kind machen in den jeweiligen Gemeinden und den Kreis an den zugegebenermaßen anschwellenden Kosten in den Gemeinden beteiligen.

Ehrlicher wäre es, wenn sich die Vertreter der SPD, aber auch die Vertreter der anderen im Landtag und im Bundestag vertretenen Parteien hier im Kreistag an ihre Parteifreunde im Land und im Bund wenden und dort entschieden und deutlich einforderten, dass nicht unentwegt gesetzliche Bestimmungen verabschiedet werden können, die zu Lasten der Kommunen gehen. Beispiele dafür gäbe es genug: ob es die Standarderhöhung im Sozialbereich ist – Stichwort *Wohneteilhabegesetz NRW*, das neue Standards bei der Wohnraumversorgung in Heimen vorgibt, - oder *das Tariftreue- und Vergabegesetz NRW*, das die Bezahlung z.B. bei Zubringerdiensten zu den Einrichtungen des Landschaftsverbandes regelt und dadurch die Schülerbeförderungskosten erhöht.

Nötig ist deshalb aus unserer Sicht zuallererst ein Moratorium für neue Leistungsgesetze des Landes und des Bundes und darüber hinaus in einem zweiten Schritt eine Überprüfung bereits vorhandener Gesetze. Und genau diese Forderungen müssen wir gegenüber Bund und Land erheben. Und da sind Sie, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen von den Altparteien gefordert. Sie können sich hier im Kreistag nicht zurücklehnen und bei Schwierigkeiten kommunaler Finanzierung immer auf das Land oder den Bund verweisen und die uns zugewiesenen Kommunen im Regen stehen lassen mit ihren unverschuldeten Belastungen. Es sind Ihre Parteifreunde, die mit diesen Gesetzen für die schwierige finanzielle Lage mancher Kommunen verantwortlich sind.

Erschwerend kommt hinzu, dass neben den direkten Eingriffen in den Kommunalhaushalt durch die gesetzgeberische Gewalt des Bundes und des Landes auch eine verfehlte Landes- und Bundespolitik gravierende Auswirkungen auf die kommunalen Haushalte hat. Da bin ich ganz auf Seiten der Kreisverwaltung, die in ihrem Vorbericht deutlich darauf hinweist, dass vor allem die unverantwortliche Eurorettungspolitik, die vollkommen willkürlich und populistisch motivierte Energiewende – nach Aussage des Wirtschaftsminister Gabriel ja wirklich ganz schlecht gemacht - und die Handlungsunfähigkeit der Landes- und Bundesregierung in Sachen Flüchtlings- und Asylpolitik große Unsicherheiten für die kommunalen Haushalte bedeuten. Der mangelnde Wille und die mangelnde Entschlusskraft auf Seiten der Landes- und Bundesregierung, die Aufnahme von Asylsuchenden und Flüchtlingen mit der nötigen Differenzierung anzugehen und zu unterscheiden zwischen den Gruppen, die wir hier aufnehmen müssen, ja wollen, die uns willkommen sind, weil deren Existenz in ihren Heimatländern bedroht ist, und der anderen Gruppe, die zwar den verständlichen Wunsch nach Wohlstandserwerb hat, denen wir aber sagen müssten, dass das Asylgesuch nicht der richtige und erlaubte Weg ist: dieser mangelnde Wille und die Feigheit der Verantwortlichen in Bund und Land zur Umsetzung der gesetzlichen Regelungen beutet nicht nur die Kommunen finanziell aus, sondern überstrapaziert auch den guten Willen der hiesigen Bevölkerung, den Verfolgten und vom Tode Bedrohten die helfende Hand auszustrecken.

In der gleichen Weise führt uns ja auch die Eurorettungskrise vor Augen, wie sehr die Entscheidungsträger im Bund die Solidarität der Menschen in unserem Lande überstrapaziert und das Risiko hoher finanzieller Verluste sehenden Auges eingeht. Ich bin einmal gespannt, ob Herr Spahn bei der nächsten Abstimmung zum Euro-Rettungspaket für Griechenland Mut und Verantwortungsgefühl für die Bevölkerung unseres Landes und unseres Westmünsterlandkreises zeigt und dieser Mogelpackung seine Zustimmung verweigert.

Doch mit dem Verantwortungsgefühl von Entscheidungsträgern in der Politik ist das so eine Sache. Die hastig eingeleitete Energiewende vor den Wahlen zum Landtag von Baden-Württemberg zumindest hat gezeigt, dass den Verantwortlichen das Schicksal der Kommunen in diesem Land ziemlich gleichgültig ist. Viele Kommunen haben durch die überstürzte und gedankenlose Energiewende an den Aktienmärkten viel Geld verloren - der Kreis Borken ca. 7 Mill. € - weil die Aktienwerte der Energieunternehmen deutlich an Wert verloren haben. Anstatt den Firmen Zeit zu geben, ihre Unternehmensstrategie mittelfristig umzustellen, stellte man sie schonungslos vor vollendete Tatsachen, hohe Verluste hinnehmen zu müssen. Verantwortung und Solidarität sieht meiner Ansicht nach anders aus.

Angesichts dieser Herausforderungen und Unwägbarkeiten hat der Landrat zurecht einen Haushaltsentwurf vorgelegt, der trotz einiger ungenutzter Einsparpotentiale – Geldeinsatz für die Regionale, umfassendes Wertpapierdepot, Beteiligung an etlichen Gesellschaften – noch genügend Kapazitäten hat, um unvorhergesehene Belastungen abzufangen. Hilfreich ist es deshalb nicht, dass SPD und Grüne in den öffentlichen Topf greifen wollen, um sich darin zu bedienen und die Fraktionspauschale anzuheben. Statt dessen sollte man vorhandene Kapazität nutzen, um den Kommunen Hilfestellung zu leisten in einem Bereich, der im Augenblick besonders kostenintensiv ist: im Schulbereich. In vielen Städten und Gemeinden fallen hohe Kosten an für die Umgestaltung der Schulformen. Leider gehört dazu auch eine von der Bezirksregierung verfügte Schließung der meisten Förderschulen im Kreis Borken. Hier sollte der Kreis darüber nachdenken, die Standorte der Förderschulen zu erhalten und das Förderschulwesen zum Wohle der Kinder so breit wie möglich aufzustellen. Denn was da an know how verloren geht, ist nicht zu ermessen. Das auf jeden Fall wäre gelebte Solidarität zwischen kommunalen Verbänden und ein finanzieller Beitrag zur humanen Gestaltung des Lebens unserer Kinder.

Zum Schluss möchte ich mich noch bedanken für die gute Zusammenarbeit hier im Kreistag mit Ihnen, den Mitgliedern der einzelnen Fraktionen und Gruppen, sowie mit Ihnen, den Mitgliedern der Verwaltung. Ich fühle mich gut aufgenommen von Ihnen allen und weiß es zu würdigen, dass die Satzung des Kreistages so geändert worden ist, dass auch Einzelmitglieder Anträge stellen können. Dass Sachverhalten strittig diskutiert werden, gehört zur politischen Gestaltung von wichtigen Entscheidungen für das Gemeinwesen. In diesem Sinne hoffe ich noch auf gute ertragreiche Diskussionen hier im Kreistag.

Vielen Dank